



Forschung

## **Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand**

Seite 32

Soziales

### **Stärkung der häuslichen Pflege**

Seite 12

Integration

### **Mobil dank KfZ-Hilfe**

Seite 22

Jugend

### **Neue Perspektiven nach der Krise**

Seite 26

# Impressum

**KVJS aktuell**

**November 2021**

**Herausgeber:**

**Kommunalverband für Jugend  
und Soziales Baden-Württemberg**

**Öffentlichkeitsarbeit**

Lindenspürstraße 39

70176 Stuttgart

[www.kvjs.de](http://www.kvjs.de)

Verantwortlich:

Kristina Reisinger

Redaktion:

Monika Kleusch

Titelfoto:

©Drazen - stock.adobe.com

Layout:

[www.mees-zacke.de](http://www.mees-zacke.de)

Bestellungen und Adressänderungen:

Telefon 0711 6375-208

[publikationen@kvjs.de](mailto:publikationen@kvjs.de)

Druck:

Texdat-Service gGmbH, Weinheim

## **Redaktioneller Hinweis:**

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

# Inhalt

## KVJS

- 2 Impressum
- 4 Relevante Themen früh voranbringen
- 5 Gütesiegel bescheinigt MPD erneut Top-Qualität
- 5 BARRIEREFREIHEIT wird beim KVJS großgeschrieben
- 6 Minister Lucha bei DLT-Sozialausschuss
- 8 LAGÖFW geht online
- 9 Gemeinsam für mehr Fachkräfte
- 10 Quartiersentwicklung kompakt erklärt
- 11 BAG der überörtlichen Träger traf sich in Stuttgart

## SOZIALES

- 12 „Wir brauchen eine Stärkung der häuslichen Pflege“
- 14 Pflege: Was wird wichtig im Jahr 2030?
- 15 Neue Fachkraft: Sonderpädagogin unterstützt den MPD
- 16 Leben inmitten der Gemeinde

## INTEGRATION

- 17 Unverzichtbare Experten: Der Technische Beratungsdienst
- 18 Ausgetüftelte Lösung für Mahle
- 20 „Mischung aus fachlichem Grundwissen und Empathie“
- 21 IFD Biberach stellt Portraitfotos von Klienten aus
- 22 Mobil dank KfZ-Hilfe
- 24 Vom Papier ins Internet: Die neue digitale Zeitschrift Behinderung und Beruf
- 24 30 Jahre Inklusionsunternehmen ISAK
- 25 WfbM-Beschäftigte sollen nicht leer ausgehen

## JUGEND

- 26 Was bringt Kinder durch die Krise? Neue Perspektiven!
- 27 Ombudschaft in der Jugendhilfe mit neuer Internetseite
- 28 Entlastete Eltern und glückliche Kinder
- 29 Game over – Nicht mit uns!
- 30 Mit vereinten Kräften: Streetwork in Corona-Zeiten
- 31 Praktische Kinderschutzarbeit soll besser werden

## FORSCHUNG

- 32 Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand

## FORTBILDUNG

- 33 Neues Gesicht bei Forschung und Fortbildung
- 34 Unterstützen vor Vertreten
- 36 Neustart für die Fortbildung
- 37 Bürgerbeteiligung digital ermöglichen

## NEU ERSCHIENEN

- 38 Beim KVJS erschienen

## Relevante Themen früh voranbringen

### Verbandsausschuss für mehr politische Präsenz

**Wie kann der KVJS den Koalitionsvertrag der Landesregierung mitgestalten? Wohin geht es in der Pflege? Wie kompensieren wir die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kinder- und Jugendhilfe? Diese und weitere Themen standen auf der Agenda der diesjährigen Klausurtagung des Verbandsausschusses des KVJS.**



©Day Of Victory Stu. - stock.adobe.com

Erstmals wieder in Präsenz trafen sich die Mitglieder des Verbandsausschusses zur Klausurtagung im Landkreis Böblingen. Sie diskutierten den Koalitionsvertrag „Jetzt für morgen. Der Erneuerungsvertrag für Baden-Württemberg“ aus Sicht der Sozial-, Eingliederungs- und Jugendhilfe. „Es bleibt abzuwarten, was die Landesregierung davon tatsächlich umsetzt“, so Verbandsvorsitzender Landrat Gerhard Bauer. „Wir wollen jedoch früh die für uns relevanten Themen aufgreifen und voranbringen.“

Einen weiteren Fokus legten die Mitglieder auf die Pflege. Sie nahmen die aktuelle Entwicklung von innovativen Modellen für die Verhinderungs- und Kurzzeitpflege in den Blick sowie Änderungen in der Pflegeversicherung, das bundeseinheitliche Personalbemessungsverfahren und die aktuelle Rechtsprechung zur Festsetzung eines Gewinnzuschlags. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellte ebenfalls einen wichtigen Themenblock dar. Verbandsdirektorin Kristin Schwarz präsentierte die Nachweisführung der BTHG-bedingten Mehraufwendungen sowie die neue Leistungs- und

Vergütungssystematik in Bezug auf die Umsetzung des BTHG. Die Mitglieder waren sich einig: Die Stadt- und Landkreise wollen sich im Hinblick auf die anstehenden Gespräche eng abstimmen, sich nicht auseinanderdividieren lassen und bitten den KVJS weiterhin um Unterstützung und konkrete Hinweise.

Schwarz informierte über die Vereinbarung bezüglich der Corona-Landeshilfe. Zwischenzeitlich konnte mit dem Land eine entsprechende Vereinbarung geschlossen werden. „Die in der Klausurtagung dazu ausgetauschten Positionen konnten wir einbringen“, freut sich Schwarz. „Für alle weiteren Verhandlungen gilt nun das Vertragsrecht nach SGB IX.“

Auch die Reform des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) sowie die Auswirkungen der Coronapandemie für Kinder und Jugendliche waren Gegenstand der Tagung. Über die Umsetzung der digitalen Agenda berichtete zudem stellvertretender Verbandsdirektor Dieter Steck.

*Nicole Henninger*

## Gütesiegel bescheinigt MPD erneut Top-Qualität

Der Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) wurde im Juli erfolgreich nach DIN ISO 9001 rezertifiziert. Bereits 2012 konnte der Fachdienst zum ersten Mal das Zertifikat nach DIN ISO 9001 entgegennehmen. Die diesjährige externe Überprüfung war Aufgabe der ZertSozial GmbH. Hierfür liefen in den Regionalbüros Flehingen, Freiburg und Stuttgart die Audits zur erneuten Zertifizierung.

Ergebnis: Der MPD ist und bleibt top in Sachen Qualitätsmanagement und Kundenorientierung. Durch die Zertifizierung können die 44 Stadt- und Landkreise als Auftraggeber sicher sein, dass Anfragen mit konstant hohem Standard bearbeitet werden. Der MPD ist als Kompetenzzentrum für die Bedarfsermittlung und Fallberatung nach dem SGB IX in der Eingliederungshilfe beim KVJS angesiedelt.

sie



## BARRIEREFREIHEIT wird beim KVJS großgeschrieben

Der KVJS arbeitet kontinuierlich daran, die Inhalte seines Internetauftritts möglichst barrierefrei zugänglich zu machen. Im November 2020 hatte eine erste Überprüfung der Überwachungsstelle für mediale Barrierefreiheit ergeben, dass nicht an allen Stellen die Anforderungen zur Barrierefreiheit erfüllt waren. Diese Mängel wurden inzwischen weitestgehend behoben. Zum Beispiel stehen Veröffentlichungen, die seit Januar 2021 erstellt wurden, nun barrierefrei zur Verfügung.

Im nächsten Schritt werden die Formulare bezüglich der Barrierefreiheit verbessert.

Im ersten Bericht der Überwachungsstelle für mediale Barrierefreiheit wurden rund 200 Webseiten aus allen Verwaltungsebenen des Landes gesichtet und analysiert – vom Ministerium bis hin zur kleinen Gemeinde. Dabei wurden unterschiedliche Bereiche berücksichtigt, wie zum Beispiel Gesundheit, Bildung, Verkehr, Umwelt, Freizeit und Kultur.

reu/hol



Zentrale Themen der sozialen Daseinsvorsorge auf dem Tisch. Der DLT-Sozialausschuss im Rathaus der Stadt Ulm.

Foto: Holzwarth

## Minister Lucha bei DLT-Sozialausschuss

### Sozialstaat 2030 – Wie sieht das Konzept der Zukunft aus?

**Der Sozialausschuss des Deutschen Landkreistags (DLT) traf sich im September im Rathaus der Stadt Ulm. Der Einladung von KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz folgten Landräte und Delegierte aus dem ganzen Bundesgebiet.**

Den Auftakt der zweitägigen Sitzung unter der Leitung des Vorsitzenden Landrat Dr. Achim Brötel (Neckar-Odenwald-Kreis) bildete ein Vortrag von Manfred Lucha mit anschließender Debatte. Der Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg richtete den Blick auf den Sozialstaat 2030 und stellte die Frage in den Raum, wie dieser in Zukunft aussehen und organisiert sein muss. In dem Kontext thematisierte er unter anderem die Bekämpfung der Kinderarmut, den Fachkräftemangel in den sozialen Berufen, die Stärkung der Inklusion sowie die Digitalisierung.

Im anschließenden Austausch mit den Mitgliedern des Ausschusses wurde zudem die Bedeutung der Eigenverantwortung der Bürger diskutiert und wie dem Mangel an Personal in der Pflege begegnet werden kann. Viele wichtige Themen, die in der Kürze der Zeit nur angerissen werden konnten. Minister Lucha lud daher dazu ein, den Diskurs weiterzuführen. Landrat Dr. Brötel betonte die Notwendigkeit eines konstanten Austauschs auf kommunaler und Landesebene, um soziale Themen für die Zukunft bedarfsorientiert auszurichten.



Von links nach rechts: Henry Graichen (Landrat Landkreis Leipzig und stv. Vorsitzender DLT-Sozialausschuss), Iris Mann (Bürgermeisterin Kultur, Bildung und Soziales in Ulm), Dr. Irene Vorholz (Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers, DLT-Hauptgeschäftsstelle), Kristin Schwarz (KVJS-Verbandsdirektorin), Manfred Lucha (Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg), Dr. Achim Brötzel (Landrat Neckar-Odenwald-Kreis, Vorsitzender DLT-Sozialausschuss).

Foto: Holzwarth

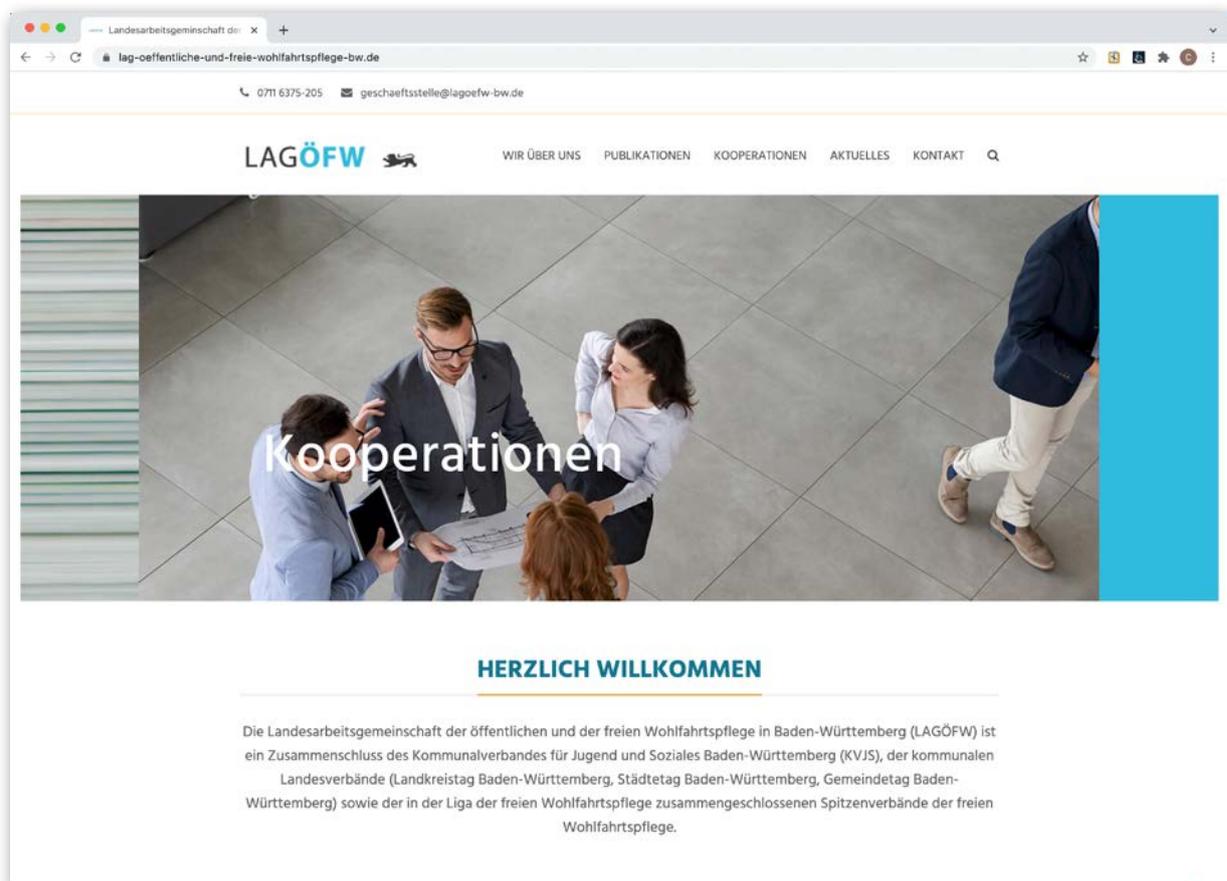
Das Gremium nahm im Rathaus der Stadt Ulm anschließend weitere Aspekte der sozialen Daseinsvorsorge in den Blick und erörterte aktuelle Entwicklungen aus kommunaler Perspektive. Zu den zentralsten Themen zählten die Auswirkungen der Coronapandemie auf die Gesellschaft sowie im Konkreten auf Arbeitsuchende und Pflege- sowie Betreuungskräfte. Zudem befasste sich der Sozialausschuss mit aktuellen Gesetzesvorhaben wie der Pflegereform und der Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts. Ebenso fokussierten sie die Belange von Menschen mit Behinderung als wichtiges Thema für die 294 Landkreise in Deutschland. Auf der Agenda standen unter anderem der Katastrophenschutz für behinderte und pflegebedürftige Menschen sowie die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes.

Der Sozialausschuss ist einer von sieben Ausschüssen des deutschen Landkreistags und tagte am 14. und 15. September 2021 zum 165. Mal. Im Zentrum des Gremiums stehen der Erfahrungsaustausch sowie das Einbringen gemeinsamer Belange auf kommunaler Ebene in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Landrat Dr. Achim Brötzel aus dem Neckar-Odenwald-Kreis ist seit 2017 Sozialausschussvorsitzender und wurde am 14. September 2021 in seinem Amt für die kommenden vier Jahre bestätigt.

Der Deutsche Landkreistag ist der kommunale Spitzenverband der 294 Landkreise. Er vertritt die Interessen von rund 56 Millionen Einwohnern.

*Julia Holzwarth*

## LAGÖFW geht online



Endlich ist es soweit: Die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg (LAGÖFW) präsentiert sich erstmals mit eigener Homepage.

Zu Beginn des Jahres, mit Beginn ihrer Amtszeit als Vorsitzende, packte Verbandsdirektorin Kristin Schwarz das Thema an. Ziel war es unter anderem, der LAGÖFW mehr Außenwirkung zu verschaffen und durch gemeinsame Präsenz mehr politische Mitsprache zu erreichen. Ein eigener Internetauftritt ist ein wichtiger Schritt dorthin. „Bis eine Homepage fertig im Internet erscheint, ist es ein langer Weg“,

sagt Schwarz. Nun hat die LAGÖFW nach über 20 Jahren einen eigenen Internetauftritt: <https://lag-oeffentliche-und-freie-wohlfahrtspflege-bw.de>. Die Mitglieder lobten die gelungene Internetseite in der digitalen Mitgliederversammlung im Juli.

„Schon bald können Sie in dem vorgesehenen Mitgliederbereich alle Sitzungsunterlagen sowie weitere wichtige Informationen rund um die LAGÖFW abrufen und herunterladen“, verkündete Schwarz den Mitgliedern. Dies bedeutet unter anderem, dass der Versand der Unterlagen per E-Mail damit vollständig entfällt.

hen

## Gemeinsam für mehr Fachkräfte

### LAGÖFW macht sich für ausreichende Finanzierung des WCS stark

**In der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege ist der Mangel an qualifizierten Fachkräften ein drängendes Problem. Das landesweite Welcome Center Sozialwirtschaft Baden-Württemberg (WCS) unterstützt mittels Beratung und Information, um dem Fachkräftemangel entgegenzutreten.**

Ohne internationale Fachkräfte aus dem Ausland wird es auch künftig nicht möglich sein, den Bedarf zu decken. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen bestehen allerdings hohe Hürden. Das WCS leistet durch seine Beratung seit 2014 einen wichtigen Beitrag zur Gewinnung und Bindung von internationalen Fachkräften. „Um dieses Angebot dauerhaft zu sichern, ist eine längerfristige und vor allem auch auskömmliche Finanzierung durch das Land erforderlich“, unterstreicht Kristin Schwarz, KVJS-Verbandsdirektorin und Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg (LAGÖFW). „Das Beratungsangebot ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung des Fachkräftebedarfs“, so Schwarz weiter.

Das WCS bietet landesweit gebündelte Expertise zu Aufenthaltsrecht, Anerkennung beruflicher Qualifikation, Verfahrensschritten sowie zu Finanzierungs- und Integrationsfragen. Es berät sowohl Unternehmen und Einrichtungen bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte als auch arbeitssuchende internationale Fachkräfte und unterstützt die Netzwerkpartner vor Ort.

Die LAGÖFW bat das Land Baden-Württemberg, die Finanzierungsbedingungen für das WCS so zu erweitern, dass diese wichtige Aufgabe auch weiterhin zur Verfügung stehen und sich konzeptionell weiterentwickeln kann. Das WCS wird bisher von den Diakonischen Werken Baden und Württemberg getragen und vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg zu 60 Prozent gefördert. Die Diakonischen Werke Baden und Württemberg haben in den letzten Jahren einen sehr hohen Betrag an Eigenmitteln geschultert. Das Angebot steht allen Unternehmen und Einrichtungen der Sozialwirtschaft sowie weiteren öffentlichen Institutionen und Verbänden zur Verfügung.

*LAGÖFW/Julia Holzwarth*

Das WCS bringt Unternehmen und internationale Fachkräfte zusammen. Mit einer gesicherten Finanzierung gelingt das auch weiterhin.

Foto: Uli Stöckle



## Quartiersentwicklung kompakt erklärt

### Was Sie schon immer darüber wissen wollten in 20 Minuten

Was bringt Quartiersentwicklung? Wie lege ich damit los? Dieses sind die Themen der ersten beiden Expertentalks der Quartiersakademie Baden-Württemberg. Mit diesem Format greift die Quartiersakademie in kurzen Gesprächen die Kernthemen der Quartiersentwicklung auf. Dazu werden jeweils Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis befragt.

„Diese Idee kam uns, weil aufgrund der Corona-Pandemie nicht so viele Veranstaltungen zur Quartiersentwicklung möglich waren“, erklärt Angela Hantke vom Lehn von der Koordinierungsstelle Quartiersakademie beim KVJS. „Trotzdem möchten wir den Menschen, die sich für das Thema interessieren und engagieren, eine Informations- und Austauschmöglichkeit bieten.“ Die Wahl fiel auf das Format einer Filmreihe, die jederzeit online abrufbar ist.



**QUARTIERS  
AKADEMIE**

Es werden aber nicht nur Videos erstellt. Nach der Veröffentlichung haben die Zuschauer eine Woche die Möglichkeit, per E-Mail Rückfragen zu stellen. Die Antworten erhalten sie zeitnah auf demselben Weg. Die Videos stehen danach weiterhin zur Verfügung.

Die ersten beiden Expertentalks waren sehr erfolgreich. Das erste Video wurde bereits 500 Mal abgerufen. Es kamen viele positive Rückmeldungen und spannende Fragen zur Umsetzung von Quartiersprozessen. Etwa, wie sich möglichst viele Menschen dazu motivieren lassen, sich an der Entwicklung ihres Quartiers zu beteiligen. Das alles hat das Team der Koordinierungsstelle angespornt, dieses Format weiterzuführen. Der dritte Expertentalk in Zusammenarbeit mit der Fachstelle ambulant unterstützte Wohnformen beim KVJS wird voraussichtlich im Dezember erscheinen.

Für alle Beteiligten ist es ein spannendes Projekt. Mit wenig Technik und ohne Erfahrung einen Film zu erstellen, war zunächst ein Sprung ins kalte



Foto: KVJS

Wasser. „Dabei haben wir viel Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen im KVJS erfahren“, freut sich das Team der Koordinierungsstelle Quartiersakademie. Es ist den bisherigen Expertinnen und Experten sehr gut gelungen, die Themen kompakt und unterhaltsam darzustellen.

Die Quartiersakademie ist ein wichtiger Baustein der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten.“. Sie hat das Ziel, die Quartiersentwicklung im Land flächig zu verankern, um generationengerechte Quartiere zu gestalten. Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie wird gefördert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg.

*Andrea Keller*

## INFO

### Expertentalks und aktuelle Infos im www

Die Expertentalks finden Sie auf der Webseite der Quartiersakademie:  
[www.quartiersakademie.de](http://www.quartiersakademie.de)

Übrigens, die Webseite der Quartiersakademie hat jetzt ein frisches Design und viele weitere Informationsmöglichkeiten. Schauen Sie gerne vorbei. Informationen zur Landesstrategie finden Sie hier:  
[www.quartier2030-bw.de](http://www.quartier2030-bw.de)

## BAG der überörtlichen Träger traf sich in Stuttgart

Der BAGüS-Fachausschuss Schulbildung und soziale Teilhabe tagte im Oktober in Stuttgart zu fachlichen und fiskalischen Fragen in Sozialhilfe und Eingliederungshilfe. Das Gremium der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS) kommt zweimal im Jahr zusammen. KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz hieß die Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet willkommen.

In dem Fachausschuss sind die 23 überörtlichen Träger der Sozialhilfe und Eingliederungshilfe vertreten. Sie beraten über zentrale Themen, die die Träger bundesweit derzeit besonders bewegen. Ganz oben auf der Tagesordnung stand ein Dauerbrenner: Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und dessen konkrete Umsetzung. Die Mitglieder berichteten über Herausforderungen bei der Einführung der neuen Leistungs- und

Vergütungssystematik und tauschten sich über den aktuellen Stand bei der Anwendung des Bedarfsermittlungsinstruments aus.

Auch die Sinnesbehinderung der Taubblindheit stand auf der Agenda: In Deutschland sind geschätzt etwa 9.000 Menschen davon betroffen. Die Organisation und Finanzierung erforderlicher Assistenzleistungen dieser Personengruppe ist mit Herausforderungen verbunden. Interessenvertreter, die zum Teil selbst von Taubblindheit betroffen sind, referierten zu der Thematik und traten anschließend in den gemeinsamen Austausch mit dem Fachausschuss.

Ebenfalls Thema waren die neuen gesetzlichen Vorgaben zur Begleitung von Menschen mit Behinderung durch vertraute Personen im Krankenhaus.

*hen/mok*

## „Wir brauchen eine Stärkung der häuslichen Pflege“

### KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz im Interview

Die Zukunft der Pflege ist eine der großen Herausforderungen der Bundesrepublik. Der KVJS befasst sich auf Bundes- und Landesebene intensiv mit diesem Thema. Kristin Schwarz spricht im Interview über aktuelle Entwicklungen und notwendige Veränderungen.

#### *Frau Schwarz, worin sehen Sie die größten Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf Baden-Württemberg zukommen?*

Die demografische Entwicklung und der Mangel an Fachkräften sind die großen Herausforderungen dieser Zeit. Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen steigt. Gleichzeitig herrscht enormer Personalmangel. Es fehlt an Fachkräften, aber auch Hilfskräfte werden händeringend gesucht. Zudem steht zu wenig barrierefreier Wohnraum zur Verfügung, damit hochbetagte Menschen in ihrem eigenen Zuhause versorgt werden können.

#### *Wie kann diesen Herausforderungen aus Ihrer Sicht begegnet werden?*

Viele Studien greifen auf, wie Pflege neu und zukunftsfähig gedacht werden kann. Eine zentrale Erkenntnis daraus ist, dass der ambulante, häusliche Bereich stärker in den Fokus gehört. Dafür müssen ausreichend barrierefreier Wohnraum und flächendeckende Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Der KVJS engagiert sich für die fachliche Weiterentwicklung in der Wohnberatung. Erstmals fand in diesem Jahr ein Forum zur Vernetzung von Wohnberatern statt. Wir planen zudem in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung ein Qualifizierungsangebot für angehende Berater. Bei der Frage zur Zukunft der Pflege spielt auch die Quartiersentwicklung eine zentrale Rolle. Um Angebote und Strukturen bedarfsgerecht aufbauen zu können, leisten zudem die kommunalen Pflegekonferenzen einen entscheidenden Beitrag. Ein weiterer Punkt ist eine passende Finanzierung der Pflegeversicherung. Diese sollte auf andere Beine gestellt werden, um größere Flexibilität zu

erreichen. Unsere Angebotslandschaft ist sehr starr. Mit flexibleren Lösungen könnten die häusliche und ambulante Pflege gestärkt und pflegende Angehörige entlastet werden. Immerhin leben rund 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in Baden-Württemberg zu Hause. Die meisten von ihnen werden ohne professionelle Hilfe versorgt.

#### *Inwieweit wirkt sich die kürzlich beschlossene Pflegereform Ihrer Meinung nach auf eine positive Entwicklung des Pflegesektors aus?*

Im Raum stand zunächst eine weitreichende Pflegereform durch den sogenannten Sockel-Spitze-Tausch mit einem festen Eigenanteil für die Betroffenen und der Übernahme weiterer Kosten durch die Pflegeversicherung. In der Diskussion war zudem die Aufhebung der Unterscheidung zwischen ambulant und stationär. Übrig blieb eher ein Pflegereformchen. Es ist noch nicht abschätzbar, wie sich die Neuerungen auswirken, dennoch gehen sie meiner Ansicht nach nicht weit genug. Es wird einen gestaffelten finanziellen Zuschuss für Menschen in Pflegeheimen geben. Die Idee: Je länger man dort versorgt wird, desto mehr finanzielle Unterstützung bekommt man. Fakt ist aber, dass die Verweildauer in stationären Einrichtungen kürzer wird. Damit verbunden sind auch weitere strukturelle Verbesserungen. Zum Beispiel werden Pflege- und Betreuungskräfte ab September 2022 nach Tarif bezahlt. Zudem soll perspektivisch ein bundesweit einheitliches System zur Personalbemessung eingeführt werden. Auch für Baden-Württemberg würde dies eine deutliche Personalmehrung bedeuten. Allein diese Mehrkosten hat der KVJS mit bis zu 212 Millionen Euro jährlich prognostiziert. Die finanzielle Entlastung für die Menschen fällt durch diese Faktoren

wesentlich geringer aus. Insgesamt gesehen steht der stationäre Bereich zu sehr im Mittelpunkt. Wir brauchen eine Stärkung des ambulanten Sektors mit flexiblen Angeboten und einer Dynamisierung der Leistungsbeträge für die häusliche Pflege und ambulanten Pflegesachleistungen. Die Reform ist zwar ein erster, zu begrüßender Schritt in die richtige Richtung. Weitere Schritte sind dennoch dringend notwendig.

**Wie engagiert sich der KVJS auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Pflege?**

Der KVJS engagiert sich auf vielfältigste Weise. Wir sind in zahlreichen Arbeitsgemeinschaften auf Bundes- und Landesebene vertreten und positionieren uns gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden im politischen Diskurs. Unter anderem befasst sich die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg, intensiv mit dem Thema. So wurde die Forderung nach einer konzertierten Aktion zur Fachkräftesicherung in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Insgesamt ist der KVJS auf vielen Ebenen beteiligt, sowohl im Bereich der Fortbildung als auch konzeptionell und planerisch. Wir engagieren uns beispielsweise mit einem eigenen Forschungsprojekt zur Kurzzeitpflege für innovative Konzepte und praxismgerechte Ideen. Eine wichtige Grundlage für die Gestaltung einer zukunftsgerechten Pflege ist zudem die Berücksichtigung der Bedarfe. In diesem Prozess begleitet der Verband die Stadt- und Landkreise bei ihren Senioren- und Teilhabeplanungen. Ergänzend dazu stehen den Akteuren im „Fokus Pflege“-Report des KVJS kreisspezifische Bedarfsvorausberechnungen zur Verfügung.

**Viele Menschen möchten in ihrem Quartier alt werden, möglichst in den eigenen vier Wänden. Was ist noch zu tun, damit das gelingen kann?**

Neben der Förderung der Quartiersentwicklung und Schaffung von barrierefreiem Wohnraum geht es darum, als Alternative zum klassischen stationären Setting eine Vielfalt an Pflege- und Unterstützungsangeboten im Quartier zu realisieren.



Setzt sich für die Weiterentwicklung der Pflege in Baden-Württemberg ein: KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz.

Foto: Holzwarth

Hierfür benötigt es Netzwerke und eine bedarfsgenaue Planung. Nicht zuletzt spielt auch die Eigenverantwortung eine tragende Rolle. Quartiere leben von der gemeinschaftlichen Verantwortung und nachbarschaftlichen Fürsorge unter der Begleitung von Hauptamtlichen. Es ist wichtig, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Pflege ein Thema ist, das uns alle betrifft.

Das Interview führte Julia Holzwarth



Orientierungswerte unterstützen die Stadt- und Landkreise bei der Planung.

Foto: Uli Stöckle

## Pflege: Was wird wichtig im Jahr 2030?

### KVJS berechnet künftigen Bedarf an Pflegeleistungen

**Wie viele Menschen mit Pflegebedarf in Baden-Württemberg werden bis zum Jahr 2030 voraussichtlich zu Hause durch Angehörige, durch ambulante Dienste oder in einem Pflegeheim versorgt? Dieser Frage geht eine Analyse des KVJS auf den Grund.**

Auf Basis der aktuellen Pflegestatistik des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg hat der KVJS Vorausrechnungen für die Stadt- und Landkreise durchgeführt, um sie bei der Planung und Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur zu unterstützen.

„Die geschätzten Zahlen zeigen, dass ein hoher Bedarf an ambulanten Angeboten sowie an Plätzen in Pflegeheimen und in der Tagespflege zu erwarten ist“, resümiert KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. „In den letzten Jahren hat sich bereits eine zunehmende Nachfrage nach Pflege-

leistungen abgezeichnet, die einen Ausbau des Angebots zur Folge hatte. Inwiefern dies jedoch auch zukünftig gelingt, hängt besonders davon ab, ob ausreichend Pflegepersonal zur Verfügung steht“.

#### Zahl der Pflegebedürftigen steigt

Knapp 564.000 Menschen in Baden-Württemberg werden im Jahr 2030 voraussichtlich pflegebedürftig sein. Das sind etwa 92.000 mehr als derzeit. Ihr Anteil an der Bevölkerung würde sich damit von 4,3 auf 4,9 Prozent erhöhen. Rund 40 Prozent der Menschen mit Pflegebedarf könnten

auf professionelle Hilfe in Form von ambulanter oder stationärer Pflege angewiesen sein.

Der KVJS bildet zwei verschiedene Szenarien ab. Einmal wird davon ausgegangen, dass die Leistungen im Jahr 2030 so in Anspruch genommen werden wie 2019. Beispielsweise wurde für Baden-Württemberg ein Bedarf von 120.000 Plätzen in Pflegeheimen berechnet – rund 25.600 mehr als 2019. Das andere Szenario setzt voraus, dass der Anteil der ambulant gepflegten Menschen zunimmt, während die Nutzung stationärer Angebote zurückgeht. Unter diesem Umstand ergibt sich ein Bedarf von 109.000 Dauerpflegeplätzen.

In seiner Online-Publikation „Fokus Pflege – Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise“

stellt der KVJS neben einer Landesübersicht auch Kreisübersichten mit Orientierungswerten für alle 44 Stadt- und Landkreise zur Verfügung. Sie liefern eine Diskussionsgrundlage und einen Handlungsrahmen für die Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur vor Ort. Die Berechnungen können zudem bei sozialpolitischen Entscheidungen in den Gremien der Kreise unterstützen. Der KVJS begleitet die Kreise bei der Interpretation der Ergebnisse und bietet auf Anfrage Analysen auf Gemeindeebene an.

Sie können die Publikation unter [www.kvjs.de/KVJS-2JZJ](http://www.kvjs.de/KVJS-2JZJ) abrufen.

*Julia Holzwarth*

## Neue Fachkraft: Sonderpädagogin unterstützt den MPD

Der beim KVJS angesiedelte Medizinisch-Pädagogische Dienst (MPD) hat sein Team erweitert. Seit 1. August ist Sonderpädagogin Karin Hille neue Ansprechpartnerin für alles rund um sonderpädagogische Fragen, aber auch fachliche Stellungnahmen zu schulischen Themen. Zu ihren weiteren Schwerpunktaufgaben zählt die Beratung der Stadt- und Landkreise. Karin Hille war nach ihrem Studium zur Lehrkraft für Sonderpädagogik in Berlin unter anderem an einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum mit Förderschwerpunkt Lernen und beim Staatlichen Schulamt Freiburg tätig.

Was sie an ihrer Arbeit beim MPD besonders reizt? „Das gesamte Aufgabenfeld ist sehr interessant. Ich kann mich sowohl in der Einzelfallberatung nah am Menschen als auch auf struktureller Ebene in Arbeitskreisen und Projekten einbringen“, sagt sie. Großes Augenmerk möchte Karin Hille auf die individuelle Unterstützung von Schülern und Schülerinnen legen. „Ziel ist es, die bestmöglichen



Sonderpädagogin Karin Hille.

Foto: von Siegroth

Rahmenbedingungen für Menschen mit Einschränkungen oder Behinderungen für das Lernen in der Schule zu schaffen.“

*sie*

## Leben inmitten der Gemeinde

### Neues Wohnangebot für 24 Menschen mit Behinderung eröffnet

Der KVJS hat den Bau eines neuen dezentralen Wohnangebots in Bitz gefördert. Auf Grundlage der Bedarfsplanung des Zollernalbkreises erstellte der Träger Marienberg inmitten der Gemeinde drei Wohnhäuser für Menschen mit Behinderung.



Einweihung in kleinem Rahmen. Verbandsdirektorin Kristin Schwarz begrüßte die Bewohner und Mitarbeitenden in den neuen Wohnhäusern.

Foto: Marienberg e.V.

Zur Eröffnung am 20. September 2021 lobte KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz die Wohnhäuser als Leuchtturmprojekt: „Gemeindeintegriertes und sozialraumorientiertes Wohnen ist der Schlüssel, um Barrieren aktiv abzubauen. Die Teilhabe wird gestärkt und Sonderwelten werden vermieden“. Der KVJS beteiligte sich mit einer Förderung am Bauvorhaben. Diese hat zum Ziel, für Menschen mit Behinderungen dezentrale, wohnortnahe Angebote zu schaffen. Es sollen landesweit gleichwertige Lebensverhältnisse entstehen, in denen Menschen mit Behinderung ihr Wunsch- und Wahlrecht ausüben können. Knapp 990.000 Euro sind aus der KVJS-Ausgleichsabgabe und mehr als 82.000 Euro aus KVJS-Haushaltsmitteln ins Vorhaben geflossen. 247.000 Euro wurden zusätzlich aus Landesmitteln erbracht. Besonders beeindruckt war der Förderausschuss von den kleinen Wohneinheiten, die sich gut in die dörfliche Umgebung einfügen. Doch nicht nur die Fassade überzeugt: Das pädagogische Konzept und die Räume sind so konzipiert, dass Selbstständigkeit und Selbstverantwortung der Bewohner individuell gestärkt werden – ganz im

Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und des Bundesteilhabegesetzes. Ziel ist es, dass die Bewohner ihren Alltag möglichst selbstständig meistern. Sie gehen zudem einer Tagesstruktur nach, die von Bitz aus gut zu erreichen ist. In den vier Wohnungen für jeweils vier Personen, drei Wohnungen für jeweils zwei Personen sowie zwei Einzelwohnungen können Menschen mit unterschiedlichem Assistenzbedarf leben.

Im Zuge der Eröffnung werden Wohnplätze am Zentralstandort in Marienberg abgebaut. Mithilfe von gemeindeintegriertem und sozialraumorientiertem Wohnen soll die Teilhabe gestärkt und Inklusion vorangebracht werden. Das Wohnen mit Assistenz in Bitz ermöglicht den Menschen, Angebote und Dienstleistungen der Gemeinde wahrzunehmen und Einkaufsmöglichkeiten zu nutzen. „Der Grundstein für vielfältige Möglichkeiten der Inklusion ist gelegt“, unterstrich Schwarz. „Nun geht es darum, gemeinsam darauf aufzubauen, um ein selbstverständliches Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen“.

Julia Holzwarth

# Unverzichtbare Experten: Der Technische Beratungsdienst

## Fachleute für Barrierefreiheit mit vielfältigem Aufgabenspektrum

**Die Mitarbeiter des Technischen Beratungsdienstes sind Experten für die behindertengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen. Sie sind wichtige Ansprechpartner innerhalb des Integrationsamts, aber auch für die Betriebe.**

Insgesamt zehn Ingenieure und Techniker sind für den Technischen Beratungsdienst (TBD) des KVJS-Integrationsamts an den Standorten Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg tätig. Von dort aus beraten sie Arbeitgeber, Menschen mit Behinderung sowie innerbetriebliche Ansprechpartner zu technischen und organisatorischen Fragen der Arbeitsgestaltung.

Die Mitarbeiter sind nach Gebieten und nicht nach Branchen aufgeteilt. „Das ist ein großer Vorteil. So sehen wir in manchen Industriezweigen Techniken und Arbeitshilfen, die in anderen gar nicht bekannt sind“, sagt Karl-Heinz Baumert, Mitarbeiter im Technischen Beratungsdienst Karlsruhe. 630 Einzelfälle hat der TBD allein im Corona-Jahr 2020 in Baden-Württemberg bearbeitet. Das Ziel dabei ist immer, schwerbehinderte Menschen behindertengerecht und betriebswirtschaftlich sinnvoll zu beschäftigen und behindertengerechte Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

### Begleitende Hilfe im Arbeitsleben

Rund zwei Drittel der Fälle betreffen die Kernaufgabe des TBD: die Begleitende Hilfe im Arbeitsleben nach dem SGB IX. Die Experten des TBD arbeiten nach der Profilmethode, analysieren Arbeitsplätze und vergleichen Anforderungen der Arbeitsaufgaben mit den Fähigkeiten des Beschäftigten. Aus der Beurteilung ärztlicher Diagnosen und jahrelanger Erfahrung wissen sie, welche Auswirkungen bestimmte Behinderungen auf die Anforderungen der jeweiligen Tätigkeiten haben. Auf dieser Basis und dem neuesten Stand der technischen Hilfen erarbeiten die Ingenieure und Techniker behindertengerechte Gestaltungsmaßnahmen für die Arbeitsplätze, aber auch das Arbeitsumfeld sowie für die Arbeitszeit und -organisation.

### Breit gefächertes Aufgabenspektrum

„Seit der Corona-Krise kommen wir in Baden-Württemberg auch bei Präventions- und Kündigungsschutzverfahren wieder öfter ins Spiel und prüfen Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung schwerbehinderter Menschen“, sagt Karl-Heinz Baumert. Ferner werden er und seine Kollegen hinzugezogen, um Wohnraum auf seine Eignung für einen behinderten Menschen zu untersuchen oder zu beurteilen, inwieweit ein Kraftfahrzeug für einen behinderten Menschen angepasst werden muss, damit dieser seinen Arbeitsplatz erreichen kann. Die Expertise des TBD ist auch bei baulichen Maßnahmen zur inklusiven Beschulung gefragt. Zum Aufgabengebiet gehören zudem Beratungen in der Kriegsopferfürsorge und der Eingliederungshilfe (als Amtshilfe für die Landkreise und Städte als Träger der Eingliederungshilfe) sowie Fortbildungsveranstaltungen.

*Karen Guckes-Kühl*



Vor-Ort-Gespräche mit Mitarbeitern und oft auch dem Betriebsarzt: So lassen sich behinderungsbedingte Einschränkungen am besten feststellen.

Foto: KVJS-Integrationsamt

## Ausgetüftelte Lösung für Mahle

### Arbeitsplatzumgestaltung in der Fertigung

Mit 1.300 Mitarbeitern am Standort Mühlacker ist die Autozulieferfirma MAHLE ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Von der Neukonstruktion einer Station in der Fertigung profitieren nicht nur zwei schwerbehinderte Arbeitnehmer, sondern auch Kollegen im Montageteam.

„Die Abgaswärmetauscher bei uns wiegen bis zu 25 Kilo. Die muss man erst mal handhaben können“, sagt Personalreferentin Katharina Bossert. Vieles läuft im Fertigungsbereich der Firma MAHLE am Standort Mühlacker inzwischen vollautomatisiert, nicht aber an der Station „Wareneingang“. Um die hier auf Kunststoffpaletten ankommenden Gusskörper in die Montagevorrichtung einzulegen, mussten sich die Produktionsmitarbeiter bis

vor Kurzem tief in Kartons beugen, die Gusskörper herausnehmen und sie anschließend mit Schrauben in unterschiedlicher Höhe bestücken. „Auch für gesunde Beschäftigte war die Arbeit dort langfristig körperlich ganz schön belastend“, schildert Katharina Bossert.

Als ein Produktionsmitarbeiter 2015 nach einer Operation zurück in den Betrieb kam, sah es nicht so aus, dass er wieder an der Station „Wareneingang“ tätig sein könnte, die durch das Montageteam üblicherweise im Wechsel besetzt wird. Der Mitarbeiter arbeitete zunächst vier Stunden täglich an Station 3, an der auf Schulterhöhe montiert wird. Als dieser Arbeitsschritt vollautomatisiert wurde, musste erneut geprüft werden, welche Arbeitsplätze für den Mitarbeiter infrage kommen. Das interne Integrationsteam zog die Experten des KVJS-Integrationsamts, des Integrationsfachdiensts und schließlich auch des Technischen Beratungsdiensts (TBD) hinzu.

#### Neukonstruktion von Station 1

„Wir haben uns die konkrete Belastungssituation des Mitarbeiters angesehen und sie mit der ärztlichen Diagnose abgeglichen“, sagt Karl-Heinz Baumert, der den Fall vonseiten des TBD betreute. Lasten über 10 Kilo und Arbeiten über Schulterhöhe gingen gar nicht. Es musste also eine technische Lösung gefunden werden, mit der der Mitarbeiter zurechtkommt. Die Idee: die Neukonstruktion von Station 1 „Wareneingang“. Karl-Heinz Baumert schlug vor, einen Handhabungsmanipulator zu integrieren, der den Gusskörper an die benötigte Position bewegt.



Erleichtertes Arbeiten bei MAHLE in Mühlacker: dank des neuen Lastenmanipulators

Foto: MAHLE GmbH & Co. KG



Mit dem Lastenmanipulator kann Produktionsmitarbeiter Elmi Zumberi die schweren Gussteile genau an die benötigte Position in der Fertigung bewegen.

Foto: MAHLE GmbH & Co. KG

„Ganz einfach war der Weg bis dahin nicht“, erinnert sich Katharina Bossert. Von der ersten Beratung im Jahr 2016 bis zur Realisierung hat es nicht umsonst fast drei Jahre gedauert. „Zunächst mussten die Anforderungen genau formuliert sein, zum Beispiel auch das Produktdesign und die Verpackungsvorschriften des Kunden berücksichtigt werden. Ein geeigneter Anlagenbauer für das Projekt musste gefunden werden. „Es wurde viel herumgetüftelt, bis die Anlage in Betrieb genommen wurde“, so Katharina Bossert, „auch Budgetfreigaben waren zwischendurch erforderlich“.

### Eine Lösung – viele Chancen

Der TBD hat deshalb angeregt, die baulichen Maßnahmen so zu gestalten, dass sie Beschäftigungsmöglichkeiten für weitere Mitarbeiter mit körperlichen Beeinträchtigungen bieten. „Der Betrieb gehört zu einer Branche, in der sich die Arbeitsplätze stetig verändern, auch durch ganz neue Fertigungsmethoden“, erläutert Karl-Heinz Baumert seine Beweggründe dafür, auch Lösungen für weitere Beschäftigte mit zu bedenken. Heute profitiert nicht nur ein weiterer schwerbehinderter Mitarbeiter von dieser Umgestaltung, sondern das komplette Montageteam.

*Karen Guckes-Kühl*

## „Mischung aus fachlichem Grundwissen und Empathie“

### Was im Technischen Beratungsdienst zählt

Karl-Heinz Baumert ist seit rund 28 Jahren im Technischen Beratungsdienst (TBD) des KVJS in Karlsruhe tätig. Hier schildert er seinen Arbeitsalltag und die Herausforderungen seiner Tätigkeit.



#### *Was haben Sie für eine Ausbildung?*

Ich habe in einem mittelständischen Betrieb Werkzeugmechaniker gelernt und eine Techniker-ausbildung angeschlossen. Danach war ich in einer Einrichtung der beruflichen Rehabilitation für Menschen mit körperlicher Behinderung tätig. Als Schulungstechniker für CNC-gesteuerte Werkzeugmaschinen war ich dann erst mal wieder in einem Industriebetrieb tätig. Aber ich wollte auch nicht mein Arbeitsleben lang dort bleiben. Ich habe die Kombination aus Industrie und Reha-Bereich gesucht. Dann sah ich die Stelle im Technischen Beratungsdienst, bei der sich beides sehr gut miteinander verbinden lässt. Hier bin ich seit 1992 tätig.

#### *Was war für Sie ausschlaggebend, sich für Menschen mit Behinderung einzusetzen?*

Für mich war die Zeit des Zivildiensts eine besonders wichtige Erfahrung. Ich habe damals in einer Einrichtung für geistig behinderte Menschen gearbeitet und dort einen Bereich kennengelernt, der mich mit sozialen Dingen in Berührung gebracht hat.

#### *Wie sieht heute bei Ihnen ein typischer Arbeitstag aus?*

Das kommt ganz darauf an, ob ich im Büro arbeite oder unterwegs bin. An einem Außendiensttag besuche ich oft zwei bis drei Betriebe – je nachdem, wie lang die Fahrstrecke ist, welche Themen anliegen und wie groß das Unternehmen ist. An einem Bürotag bereite ich die Termine vor und nach. Das heißt zum Beispiel, ich lese mich in beauftragte Fälle ein, recherchiere nach technischen Lösungen und stelle Kontakt zu den Firmen her, die die technischen Lösungen umsetzen sollen. Dann schreibe ich fachtechnische Gutachten und Stellungnahmen. Manchmal halte ich Rücksprache mit Mitarbeitern des Integrationsfachdiensts, etwa wenn es zusätzlich um psychische Einschränkungen geht. Am Telefon berate ich auch Schwerbehindertenvertretungen, die sich mit einem technischen Problem an mich wenden.

#### *Was sind oder waren für Sie die größten Herausforderungen in Ihrem Arbeitsalltag?*

In den ersten Jahren habe ich mich schwergetan, in einem Kündigungsverfahren ein Gutachten zu

erstellen, das dann zu einer bestimmten Entscheidung führt. Diese kann für den Mitarbeiter einen Verlust seines Arbeitsplatzes bedeuten. Ich musste lernen, damit umzugehen, dass ich nicht schuld daran bin, sondern dass ich als Gutachter die Situation neutral zu beurteilen habe. Auch wenn wir alle Register zum Erhalt des Arbeitsplatzes ziehen, gelingt es in manchen Fällen nicht, den Arbeitsplatz zu erhalten. Ich muss zu einem nachvollziehbaren Ergebnis kommen, das die Grundlage für die Entscheidung darstellt.

***Ich kann mir vorstellen, dass auch das große Aufgabenfeld herausfordernd sein kann.***

Die Tätigkeit im TBD ist sicher kein Job für jemand, der immer wissen muss, was ihn an einem Arbeitstag erwartet. Was eine zunehmende Herausforderung vor allem für die nächsten Jahre darstellt, ist die aktuelle Entwicklung gerade im industriellen Fertigungs- und Logistikbereich, die man heute als Industrie 4.0 bezeichnet. Da fallen Arbeitsplätze weg, weil es neue Fertigungsverfahren oder neue Kommunikationswege gibt. Auf die Mitarbeiter kommen außerdem ganz andere kognitive Anforderungen zu. Diese passen oft nicht zu Beschäftigten, die eine Anlern­tätigkeit haben. Hier auf der Höhe der Zeit zu bleiben und richtig zu beraten ist durchaus eine Herausforderung für alle Kollegen im TBD – denn wir müssen ja ganz unterschiedliche Branchen im Blick haben.



Karl-Heinz Baumert, TBD.

Foto: KVJS-Integrationsamt

***Welche Fähigkeiten muss jemand neben den fachlichen Voraussetzungen mitbringen, um im Technischen Beratungsdienst tätig zu sein?***

Er muss völlig offen sein für Entwicklungen, die wir heute noch nicht absehen können, und sich regelmäßig neuen Fragen stellen. Was nötig ist, ist die richtige Mischung aus fachlichem Grundwissen und Empathie, denn wir haben es ja mit zwischenmenschlichen Situationen zu tun. Dabei merkt man dann manchmal, dass neben dem technischen Problem auch andere Dinge mitschwingen. Man braucht eine ordentliche Portion psychischer Belastbarkeit und Empathie, um diese zu verstehen.

*Die Fragen stellte Karen Guckes-Kühl*

## IFD Biberach stellt Portraitfotos von Klienten aus

45 Gesichter spiegeln 30 Jahre Erfolg: Der Integrationsfachdienst (IFD) Biberach begeht sein 30jähriges Jubiläum mit einer Fotoausstellung. 45 Klientinnen und Klienten haben sich an dem Projekt beteiligt, bei dem ein namhafter Fotograf sie an ihrem Arbeitsplatz abgelichtet hat.

Die Ausstellung unter dem Titel „undichbin“ ist vom 17. November bis zum 16. Dezember 2021 im Foyer des Landratsamt Biberach, Rollinstraße 9, Biberach zu sehen.

*mok*

## Mobil dank KfZ-Hilfe

### KVJS-Integrationsamt fördert behindertengerechte Autos

**Für viele Menschen mit Bewegungseinschränkungen bedeutet das eigene Auto Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit. Zum Beispiel für Yasmin Hrusch. Die Lehrerin hat gerade ein neues Auto umbauen lassen.**

„Ich brauche das Auto, um zu meiner Schule zu kommen“, erklärt Yasmin Hrusch. Die 41-Jährige unterrichtet Mathematik an der Erich-Kästner-Schule, einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum in Reutlingen mit Schwerpunkt Sprachförderung. Wegen einer rheumatischen Autoimmunerkrankung, die ihre Gelenke angreift, kann sie nur wenige Schritte laufen.

Bisher kam Yasmin Hrusch mit einem Serienfahrzeug mit handelsüblichen Extras zurecht. „Doch das ist für mich wegen der Einschränkungen in meinen Schultern nicht mehr bedienbar“, sagt sie. Sie kann das Lenkrad nicht mehr schnell genug drehen. Mittlerweile nutzt Yasmin Hrusch einen Elektrorollstuhl. Und der muss jetzt in das Auto passen, genauso wie das Unterrichtsmaterial für

ihre Schülerinnen und Schüler, das die passionierte Lehrerin meist selbst zusammenstellt: „Ich bastle passgenaue Materialien für jedes Kind.“

Zeit also für einen neuen Wagen, damit sie weiterhin mobil ist und ihren Beruf ausüben kann. Denn neben dem Unterrichten verfasst sie noch sonderpädagogische Gutachten, für die sie in den Landkreisen Tübingen und Reutlingen unterwegs ist. Die Pädagogin wandte sich an einen Spezialisten für behindertengerechte Autoubauten in ihrer Nähe.

Normalerweise wird ein behindertengerechtes Auto zunächst beim KVJS-Integrationsamt beantragt. Das veranlasst als erstes ein kraftfahrttechnisches Eignungsgutachten beim TÜV oder der Dekra. Eventuell ist auch noch ein



Einzelanfertigung: Jeder Wagen wird individuell angepasst.

Foto: Paravan



Es gibt viele Möglichkeiten, ein Auto zu steuern.

Foto: Paravan

verkehrsmedizinisches Gutachten nötig. Liegen die Gutachten vor, schaltet das Integrationsamt seinen Technischen Beratungsdienst (TBD) ein. Der TBD prüft nötige Anpassungen an die Behinderung, empfiehlt passende Fahrzeugmodelle und hilft, einen geeigneten Umrüster für das Fahrzeug zu finden.

Weil Yasmin Hrusch bereits einen Umrüster in ihrer Nähe kannte, ließ sie sich zunächst vor Ort beraten: „Ich durfte alles ausprobieren“, erklärt sie. „Das Ziel war, dass ich alles selbst machen kann.“ Letztendlich kam für sie nur eine Lenkung über einen Joystick in Frage, weil das ihrer Bewegungseinschränkung am besten entsprach. „Das war ein bisschen spooky, als sich das Lenkrad ohne Berührung drehte“, lacht sie. Auch die Blinker bewegen sich berührungslos. Das Kommando „Blinker links“ oder „Blinker rechts“ genügt.

„Ich wollte gerne einen VW Caddy als Plug-in-Hybrid, da ich auf ein umweltbewusstes Auto Wert lege“, betont die Pädagogin. Der TBD riet zu einer riet jedoch zu einem Benziner und der längeren Fahrzeug-Variante, falls später noch weitere Anpassungen nötig sein sollten. Der Wagen bekommt eine Rampe, über die der Elektrorollstuhl mittels Fernbedienung eingeladen werden kann. Auf der Fahrerseite kann Yasmin Hrusch ganz normal einsteigen. Die Anpassungen werden in ihren Führerschein eingetragen.

Von der Antragstellung bis zum fertigen Fahrzeug vergehen in der Regel einige Monate, auch abhängig von der Liefersituation und dem Aufwand für den behinderungsgerechten Umbau. Aber das Warten lohnt sich, denn am Ende heißt es: Freie Fahrt!

*Monika Kleusch*

## Wer hat Anspruch auf Kfz-Hilfe?

Schwerbehinderte Menschen, für die es nicht möglich ist, ihren Arbeitsplatz oder ihre Ausbildungsstelle mit anderen Verkehrsmitteln zu erreichen, können Kfz-Hilfe beantragen. Voraussetzung ist, dass die berufliche Nutzung des Fahrzeugs im Vordergrund steht.

## Was genau wird gefördert?

Gefördert werden können

- die Anschaffung eines Fahrzeugs,
- die behinderungsgerechte Ausstattung einschließlich baulicher Anpassungen des Wagens,
- der Erwerb eines entsprechenden Führerscheins,
- Gebühren für Eignungsgutachten und TÜV.

Je nachdem, wieviel jemand verdient, ist ein Eigenanteil zum Grundfahrzeug zu zahlen.

## Wer fördert behinderungsgerechte Kfz?

Grundsätzlich der zuständige Rehabilitationsträger:

- Die Agentur für Arbeit ist zuständig für schwerbehinderte Personen, die weniger als 15 Versicherungsjahre bei der Rentenversicherung haben.
- Die Rentenversicherung ist zuständig für schwerbehinderte Personen, die mindestens 15 Versicherungsjahre haben.
- Die Berufsgenossenschaft ist zuständig, wenn die Schwerbehinderung die Folge eines Arbeitsunfalls ist.
- Das Integrationsamt ist zuständig für schwerbehinderte Beamte, da sie keinen eigenen Rehaträger haben, sowie für schwerbehinderte Selbstständige.

Eine Übersicht über die wichtigsten Rehabilitationsträger bietet diese Seite: [www.talentplus.de/lexikon/Lex-Rehabilitationstraeger/](http://www.talentplus.de/lexikon/Lex-Rehabilitationstraeger/)

## Vom Papier ins Internet: Die neue digitale Zeitschrift Behinderung und Beruf



Seit 40 Jahren bietet sie aktuelle Informationen rund um Schwerbehinderung und Beschäftigung: Die Zeitschrift Behinderung und Beruf (ZB). Herausgeber ist die Bundesarbeitsgemeinschaft der Hauptfürsorgestellten und Integrationsämter (BIH). Nun bekommt sie eine zeitgemäße Digitalausgabe.

Auch die baden-württembergische Regionalausgabe erscheint im neuen Digitalgewand unter dem Stichwort „Regionales“. Ein Archiv mit den Ausgaben der letzten drei Jahre rundet das neue Angebot ab.

Noch bis Ende des kommenden Jahres wird es parallel eine Papier- und eine Digitalausgabe mit jeweils gleichem Inhalt geben. Ab 2023 stehen die neuesten Informationen zu Behinderung und Beruf dann nur noch online zur Verfügung.

In das Online-Format können unter anderem kleine Filme und andere aktive Elemente eingebunden werden. Entdecken Sie jetzt unser neues Digitalmagazin: [zb-magazin.de](https://zb-magazin.de). Gleich kostenlos abonnieren!

<https://zb-magazin.bih.de/ausgabe-03-2021/ueberblick>

*mok*

## 30 Jahre Inklusionsunternehmen ISAK



Start am 1. September 1991: Mit der in Sachsenheim ansässigen ISAK feiert ein Inklusionsunternehmen 30-jähriges Jubiläum, das von seiner Vielseitigkeit

lebt. Im Auftrag führt es Qualitätsprüfungen, Montagearbeiten, Ultraschallschweißen und Metallbearbeitung durch. Auch Elektroprüfung sowie Verpackung zählt zu dem nach ISO 9001 zertifizierten Angebot.

Für die kulinarische Komponente sorgt das Restaurant „s´Holderbüschle“, in dem 120 Gäste Platz finden. Im Sommer stehen im angrenzenden Gastgarten weitere 180 Plätze zur Verfügung. Die Speisekarte bietet vor allem saisonale und typisch schwäbische Gerichte.

Die ISAK ist ein Tochterunternehmen der Stiftung Karlshöhe Ludwigsburg. Von den derzeit 59 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 23 schwerbehindert.

*mok*



Kein Zuckerschlecken: Sinkt der WfbM-Erlös, sinkt auch der Werkstattlohn.

Foto: ferrantraite - iStock

## WfbM-Beschäftigte sollen nicht leer ausgehen

### KVJS-Integrationsamt verteilt zwölf Millionen Euro für Lohnsicherung

**Zahlreiche Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) mussten in der Zeit des Corona-Lockdowns den Betrieb einstellen. Da der Werkstattlohn vom erwirtschafteten Erlös abhängt, drohten teilweise deutliche Lohneinbußen.**

Anders als Arbeitnehmer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben WfbM-Beschäftigte keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Um Lohneinbußen zu vermeiden hat der Bund wie bereits im vergangenen Jahr Geld zur Verfügung gestellt, welches die Lohnkürzungen abmildern soll. Für Baden-Württemberg sind dies zwölf Millionen Euro.

Vom 1. bis 30. September konnten nun Werkstätten die Lohnunterstützung für ihre Mitarbeiter beantragen. Beim KVJS-Integrationsamt gingen insgesamt 38 Anträge ein. Für viele hundert Menschen mit Behinderungen bedeutet das eine Finanzspritze zu ihrem Werkstattlohn.

„Die eingesetzten Mittel sind ein wirksamer Beitrag, um die ohnehin geringen Löhne dieser Personengruppe zu stabilisieren“, sagt KVJS-Referatsleiter Berthold Deusch. „Den Menschen mit Behinderung stehen für ihre Tätigkeit normalerweise im Durchschnitt nur 240 Euro im Monat zur Verfügung. Mit den jetzt eingesetzten Mitteln können wir erreichen, dass rund 80 Prozent des Werkstatt-Lohns erhalten bleiben.“

Der KVJS legt Wert darauf, auch die direkt Betroffenen zu beteiligen: In diesem Jahr müssen die Anträge auf Coronaförderung zur Lohnsicherung von den jeweiligen Werkstatträtern mitunterzeichnet werden. „Wir Vorstände von Werkstatträtern Baden-Württemberg freuen uns besonders, dass auf Landesebene die Einbindung der Werkstatträter in den Fokus gerückt wurde“, erklärt Jörg Bendler, 1. Vorsitzender Werkstatträter Baden-Württemberg. „Wir finden: Das haben die Menschen mit Behinderung in diesen schweren Zeiten mehr als verdient!“

*Monika Kleusch*

#### INFO

In den 83 Werkstätten in Baden-Württemberg arbeiten über 28.000 Menschen mit Behinderungen. Im vergangenen Jahr beantragten 60 Werkstätten mit rund 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Lohnunterstützung.

## Was bringt Kinder durch die Krise? Neue Perspektiven!

### Richtungsweiser: Der KVJS als Kompass in Corona-Zeiten

Kinder und Jugendliche trifft Corona besonders hart. Es sind nicht nur Bildungslücken entstanden – auch sozial und gesellschaftlich sind viele zu kurz gekommen. Der Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) fordert nun schnelle und umfassende Maßnahmen, damit die Kinder zurück in den Alltag finden.



Die Pandemie ist allgegenwärtig. Nach wie vor. Mit großen Einschränkungen. Umso wichtiger ist es, den Blick nach vorn zu richten. „Wir brauchen eine Post-Corona-Strategie“, ist sich der Vorsitzende des KVJS Landrat Gerhard Bauer sicher. „Kinder und Jugendliche leiden seit anderthalb Jahren besonders. Durch die Pandemie fehlen ihnen soziale Kontakte, von einem Alltag in Kita und Schule sowie Sport- und Freizeitmöglichkeiten ganz zu schweigen. Häufig treten Gefühle von Vereinsamung und Perspektivlosigkeit auf.“

#### Gezielte Unterstützung bieten

Um die Folgen der Pandemie auch langfristig bewältigen zu können, sei eine gemeinsame Kraftanstrengung auf Landes- und Bundesebene nötig. Zu diesem Schluss kommt der Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) des KVJS in seiner jüngsten Sitzung vom Juli. Es dürfe Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien nicht an Hilfsangeboten

fehlen. In der Kindertagesbetreuung etwa bedarf es dringend neuer, verlässlicher Stabilität, um den Kleinsten einen strukturierten Alltag zu ermöglichen und die frühkindliche Förderung zu gewährleisten. Ähnliches gilt für die Jugendlichen. Auch für sie muss es konkrete Unterstützung geben. Dafür hat sich der KVJS bereits vielfach engagiert, sei es in der Beratung, in der Abstimmung von Anliegen mit Ministerien und kommunalen Landesverbänden oder bei der unbürokratischen Klärung finanzieller Fördermöglichkeiten.

#### Kompetenz der Fachkräfte ausbauen

Nun gehe es zusätzlich darum, die Kinder und Jugendlichen bestmöglich über die Pandemie hinaus zu begleiten. Hierfür liegt aktuell und auch zukünftig besonderes Augenmerk auf der Kompetenz der Fachkräfte: So wird bereits jetzt unter dem Titel „Junge Menschen gemeinsam stärken“ ein spezielles Fortbildungsprogramm für

#### INFO

Um Kindern und Jugendlichen während der Pandemie Gehör zu verschaffen und den Austausch mit der Politik zu fördern, fand ein landesweites Jugendhearing statt. Motto: „Jugend im Lockdown“. Organisiert wurde es von der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration. Informationen und Ergebnisse gibt es unter: [www.kinder-jugendbeteiligung-bw.de](http://www.kinder-jugendbeteiligung-bw.de)

2022 auf die Beine gestellt. Ganz konkret steht dabei ein arbeitsfeldübergreifendes Konzept im Mittelpunkt, das sich an Fachkräfte aus den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Mobilen Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit und der Jugendberufshilfe wendet. Organisiert vom KVJS-Landesjugendamt, sollen Fortbildungsteilnehmer zum einen durch inhaltliche und methodische Impulse und zum anderen durch den interdisziplinären Austausch unterstützt werden. Die einzeln buchbaren Veranstaltungen decken dabei Themen ab wie „Beziehungs- und Motivationsarbeit mit jungen Menschen“, „Ihr könnt viel! Starke Fachkräfte stärken jungen Menschen“ oder auch „Partizipation und Demokratiebildung in virtuellen Sozialräumen“.

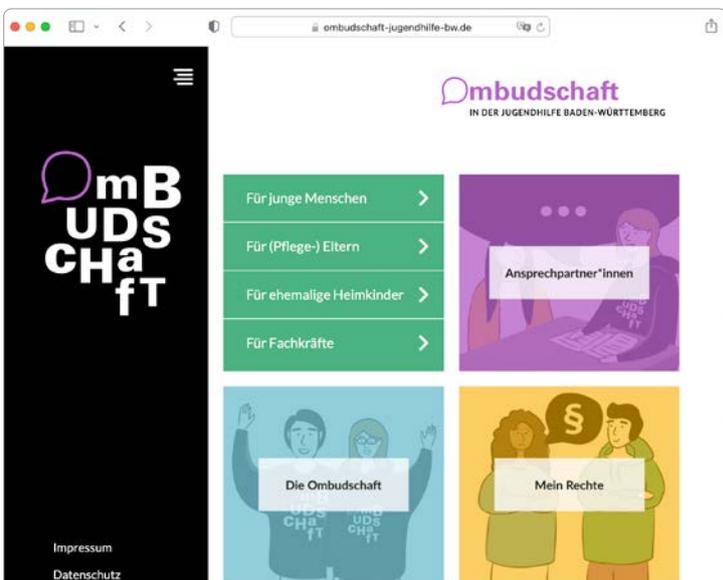
Tipp: Wer nicht bis 2022 warten möchte, kann sich schon jetzt fortlaufend über die verbandseigene Homepage [www.kvjs.de](http://www.kvjs.de) fachspezifisch informieren. Hier steht unter anderem eigens das Online-Angebot „Schulsozialarbeit unter Pandemiebedingungen“ bereit und liefert „Videoimpulse für das Arbeitsfeld aus Wissenschaft und Praxis“.

Ulrike von Siegroth

**Bleiben Sie auf dem neuesten Stand!**

Sie interessieren sich für unsere KVJS-Fortbildungen und möchten mehr über unser aktuelles Angebot erfahren? Hier werden Sie fündig: [www.kvjs-fortbildung.de](http://www.kvjs-fortbildung.de)

## Ombudschaft in der Jugendhilfe mit neuer Internetseite



jungen Menschen und ihren Familien im System der Kinder- und Jugendhilfe ein niederschwelliges Beratungsangebot zu ermöglichen und damit Beteiligung zu fördern. Zur Zielgruppe gehören auch ehemalige Heimkinder.

**Hintergrund**

Das Land Baden-Württemberg hat ein unabhängiges, niedrigschwelliges und flächendeckendes, dreigliedriges Ombudssystem in der Kinder- und Jugendhilfe eingerichtet. Organisatorisch ist das Landesombudssystem beim KVJS verortet.

sie

Die Ombudschaft in der Jugendhilfe Baden-Württemberg präsentiert sich mit einem komplett neuen Online-Auftritt. Unter [www.ombudschaft-jugendhilfe-bw.de](http://www.ombudschaft-jugendhilfe-bw.de) informiert sie über Aufgaben und Struktur des Ombudssystems sowie über die Ansprechpartner im Land. Hauptziel ist es,

Aktuell stellt sich die Ombudschaft in regionalen Dialogforen vor. Hierfür finden seit 5.10.2021 in ganz Baden-Württemberg Veranstaltungen statt, um Interessierten das Beratungsangebot näher zu bringen. Die Aktion läuft bis zum 26.11.2021.

## Entlastete Eltern und glückliche Kinder

### Ferienfreizeit: Mit neuer Kraft zurück in den Alltag

Das vom KVJS mit initiierte STÄRKE-Programm hilft Familien in besonderen Lebenslagen. Diese werden durch Corona oft noch verschärft. Umso mehr wurden da die Ferienangebote im Sommer herbeigesehnt. Mit dabei: die „Kleine Auszeit“ von Monika Meingassner. Was hinter dem Projekt steckt, erzählt sie im Gespräch.

*Frau Meingassner, im Rahmen der STÄRKE-Familienbildungsfreizeiten waren Sie zuletzt mit vier Familien zelten. Wie war 's?*

Es war sehr schön, alles hat gepasst, sogar das Wetter. Wir hatten tolle Tage mit Lagerfeuer und Stockbrot. Sechs Erwachsene und zwölf Kinder waren mit dabei. Kurzum: eine gelungene Pause vom Alltag.

*Daher auch das Motto „Kleine Auszeit“?*

Genau. Das Programm ist für Eltern und Kinder in einer sehr herausfordernden Lebenssituation gedacht, sei es z. B. der Alltag mit einem behinderten Familienmitglied oder eine finanzielle Notlage. Mir war es wichtig, den Kindern unbeschwerte Tage zu bereiten und ihren Eltern einen geschützten Raum zu bieten, um sich auszutauschen und eine Entlastung zu spüren. Eine kleine Auszeit eben.

*Wie sah die konkret aus?*

Natürlich ist Camping kein Hotelurlaub, aber um alltägliche Dinge wie Kochen mussten sich die Familien nicht kümmern. An den Vormittagen habe ich intensiv mit den Eltern gearbeitet. Ziel war es, im Gespräch herauszufinden, was ihnen guttut und woraus sie Kraft schöpfen.

*Wie haben denn die Kinder die Auszeit erlebt?*

Mit einer Menge Spiel und Spaß. Zwei Kinderbetreuer haben mich dabei unterstützt. Und die Kleinen fanden es großartig, viel Zeit draußen zu verbringen. Für uns war es schön zu sehen, wie achtsam die Kinder miteinander umgegangen sind. Und für sie war es wie ein kleiner Urlaub, den sie schon lange nicht mehr machen konnten.

*Stichwort Corona: Wie prägt die Pandemie den ohnehin schon schwierigen Familienalltag?*

Corona kommt da noch obendrauf. Viele Familien belastete das Homeschooling und die Isolation zu Hause zusätzlich. Daher war es so wertvoll, die Auszeit in der freien Natur ausrichten zu können. Natürlich unter Corona-Regeln. Am Ende meinte eine Mutter, unsere Veranstaltung sei die normalste, die sie in den letzten anderthalb Jahren besucht habe.

*Die Ferienfreizeit ist vorüber. Was bleibt?*

Ich möchte den Eltern untereinander den weiteren Austausch ermöglichen. Dafür habe ich eine digitale Pinnwand eingerichtet und werde alle gegen Ende des Jahres zu einem Online-Treffen einladen.

*Die Fragen stellte Ulrike von Siegroth*



Monika Meingassner ist freie Theologin. Die Heidelbergerin engagiert sich seit 2015 als anerkannte STÄRKE-Veranstalterin und bietet mehrmals im Jahr Familienbildungsfreizeiten an.

Foto: privat

## Game over – Nicht mit uns!

### Junge Menschen müssen im digitalen Arbeitsleben bestehen können

Die Geschäftswelt wird immer digitaler. Wie gelingt es da, die berufliche Integration benachteiligter Jugendlicher zu unterstützen? Ein Fachtag versammelte hierfür rund 80 Teilnehmende aus der Jugendhilfe, den Grundsicherungsstellen und Agenturen für Arbeit sowie aus Jobcentern und Schulen.



©artimedvedev - stock.adobe.com

Die Situation ist nicht zu unterschätzen: „Da Zukunftsberufe zunehmend durch Digitalisierung geprägt sein werden, ist es unabdingbar, alle jungen Menschen in den Wandel der Zeit miteinzu-beziehen“, setzt Marion Steck ein klares Statement – für die Dringlichkeit dieses Online-Fachtags mit der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg und der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit. Hintergrund: „Digitale Kompetenzen sind zum entscheidenden Kriterium für erfolgreiches Lernen und Arbeiten geworden“, so die Referatsleiterin beim KVJS-Landesjugendamt.

#### Voraussetzungen schaffen

Dass der Fachtag immens wichtig ist, unterstreicht auch Martina Musati: „Wo sind die Jugendlichen? Die Jahrgänge 2020, 2021 und 2022 sind stark von der Pandemie betroffen. Wir erleben einen Rückgang an Bewerberinnen und Bewerbern von 15 Prozent für eine Ausbildungsstelle. Es gibt aber noch offene Stellen. Helfen Sie mit, diesen Schülerinnen und Schülern den Weg in die Berufs-

beratung zu zeigen“, appelliert die Geschäftsführerin Operativ der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit.

Auch die Vorträge aus Sicht der Industrie, des Handwerks und der Jugendsozialarbeit untermauern die Rolle der Digitalisierung, wenn beispielsweise Patrick Wolf, Projektleiter Baden-Württembergischer Handwerkstag e.V., fordert, „dass digitale Medien in der Aus- und Weiterbildung pädagogisch sinnvoll eingesetzt werden müssen“. Oder Benjamin Götz, Bildungsreferent, LAG-Jungenarbeit Baden-Württemberg e.V., feststellt, dass auch der positive Effekt des Gaming im Berufsleben genutzt werden könne, spricht Fähigkeiten wie Durchhaltevermögen, Konzentrationsfähigkeit und Kreativität. Die im Rahmen des Fachtags befragten Jugendlichen beschäftigen die Chancen der Digitalisierung gleichermaßen; sie seien jedoch nur nutzbar, wenn sich die Voraussetzungen fürs Online-Lernen besserten.

*Mandy-Jane Breinlinger/Ulrike von Siegroth*

## Mit vereinten Kräften: Streetwork in Corona-Zeiten

### Jahrestagung über Herausforderungen und wie man sie meistert

Die Corona-Pandemie macht auch vor der Mobilien Jugendarbeit nicht halt. Wie wichtig der Austausch der Fachkräfte untereinander und ein kooperatives Arbeiten sind, verdeutlichte die letzte Online-Tagung – organisiert vom KVJS und der LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V. Zahlreiche Vorträge und Workshops inbegriffen.

„In letzter Zeit ist vieles anders gekommen. Wir betreten in unserer Arbeit viel Neuland. Die momentane Situation verlangt von uns allen ein hohes Maß an Flexibilität und die Bereitschaft, neue Wege zu gestalten und zu gehen“, bringt es Annette Krawczyk, stellvertretende Referatsleiterin beim KVJS-Landesjugendamt, vor rund 100 Teilnehmern auf den Punkt. „Auch Sie als Fachkraft der Mobilien Jugendarbeit mussten sich in kürzester Zeit auf die eingetretenen Veränderungen, Einschränkungen und Bedingungen einstimmen und neue Ideen und Ansätze entwickeln, um beispielsweise den Zugang, den Kontakt und die Beziehung zu den Adressatinnen und Adressaten aufrecht zu erhalten.“ Schließlich wirke sich die Corona-Pandemie auf die jungen Menschen besonders aus. Wie wichtig speziell in diesen

Zeiten der fachliche Wissenstransfer ist, bekräftigen auch Lars Schoppe und Julian Schmid aus dem Vorstand LAG Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V.: „Den Bedarf nach gegenseitigem Austausch, auch in dieser Pandemie, zeigen die hohen Anmeldezahlen für diese Tagung. Wir sind froh, den weiteren Austausch aufrechterhalten zu können.“

#### Soziale Verantwortung übernehmen

Dass bei allen Unwägbarkeiten, die die Pandemie mit sich bringt, die Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen, stellt Dr. Gunda Voigts, Professorin an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg heraus. Im Rahmen ihres Vortrags „Jugendliche brauchen Freiräume! Auswirkungen der Corona-Pandemie auf junge Menschen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit“ findet sie deutliche Worte: „Das Wohl des Kindes ist immer vorrangig zu berücksichtigen. Die Rechte der Kinder und Jugendlichen werden in der Pandemie missachtet.“

Nach einer Diskussionsrunde betont auch Marion Deiß die erhebliche Herausforderung, die Corona für Kinder und Jugendliche bedeute. Die Referatsleiterin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg beleuchtet dabei auch die aktuellen Entwicklungen der Jugendsozialarbeit im Land: „Wir befinden uns noch mitten in der Pandemie und wir können nicht voraussehen, wie es weitergeht. Die soziale Verantwortung der Mobilien Jugendarbeit/Streetwork steht im Fokus.“



Foto: von Siegroth

**Mit gutem Beispiel voran**

Neben weiteren Vorträgen ermöglichen im Anschluss verschiedene Workshops einen intensiven Austausch. Die Themen reichen dabei von Alltagsrassismus in Deutschland, über Vielfalt in unserer Gesellschaft bis hin zur Rolle von Lobbyarbeit für den Bereich Streetwork. Ihren traditionellen Abschluss findet die Tagung in der Auszeichnung gelungener Modellprojekte in Baden-Württemberg: Über den ersten Platz freut sich die Mobile Jugendarbeit Ulm-Wiblingen mit dem Projekt „CoronaundWie“. Das Modellprojekt „Wir strampeln uns ab für mehr Wohnraum“ bringt der Mobilen Jugendarbeit in Überlingen den zweiten Platz ein. Und ein gemeinsamer dritter Platz geht an die Freiburger StraßenSchule für „Drachenflieger“ und die Mobile Jugendarbeit Pforzheim für das Videoprojekt „Wohin denn? ... sag deine Meinung! Unser Platz in Pforzheim“.

*Mandy-Jane Breinlinger/Ulrike von Siegroth*

**Termin vormerken!**

Die nächste Jahrestagung findet voraussichtlich vom 2. bis 4. Mai 2022 statt.

**INFO**

Das Arbeitsfeld der Mobilen Jugendarbeit/Streetwork geht maßgeblich auf die Arbeit von Prof. Dr. Walther Specht (1938-2021) zurück, der vor über 50 Jahren den Ansatz Mobiler Jugendarbeit/Streetwork mit- und weiterentwickelt hat. Walther Specht hatte in seinem Studium vom Streetwork-Konzept in den USA erfahren. Sein Ziel war es, „Gefallene wieder aufzurichten und andere vor dem Fallen zu bewahren.“

## Praktische Kinderschutzarbeit soll besser werden

Mit „Signs of Safety“, einem aus Australien stammenden Ansatz, will das Kreisjugendamt Biberach die Kinderschutzarbeit weiter verbessern. Neben der Kommunikation mit betroffenen Kindern, geht es auch um den Kontakt zwischen Familien und Sozialarbeitern. Schließlich muss ihnen der Spagat zwischen kontrollierendem Eingreifen und vertrauensvollem Miteinander gelingen. Da das Kreisjugendamt Biberach als erstes Jugendamt hierzulande diesen Ansatz einführte, förderte das Landesjugendamt Baden-Württemberg eine wissenschaftliche Begleitung. Deren Abschluss bildete ein virtueller Fachtag. Prof. Dr. Stefan Godehardt-Bestmann vom Europäischen Institut für Sozialforschung, Berlin und Studiengangleiter Soziale Arbeit an der IUBH Internationalen Hochschule, stellte die Ergebnisse seiner Interviews mit

Fachkräften, Entscheidungsträgern und Betroffenen vor. Durch „Signs of Safety“ sieht er eine klare Steigerung hinsichtlich Verbindlichkeit und Professionalität, was auch die Handlungssicherheit der Fachkräfte erhöhe. Edith Klüttig, Leiterin des Kreisjugendamtes Biberach, hoffe, dass der Ansatz auch das Interesse anderer Jugendämter wecke und das fachliche Netzwerk ausgebaut werden könne.

*pm/sie*

Hier gibt es weitere Ergebnisse des Fachtags:  
[www.biberach.de/landkreis/programme-projekte/kinderbetreuungsboerse0.html](http://www.biberach.de/landkreis/programme-projekte/kinderbetreuungsboerse0.html)



Wenn Eltern den Halt verlieren, kann es für ein Kind kritisch werden.

Foto: ©Drazen - stock.adobe.com

## Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand

### Neues KVJS-Forschungsvorhaben mit dem Universitätsklinikum Ulm startet

**Zwischen drei und vier Millionen Kinder wachsen in Deutschland bei psychisch kranken Eltern auf. Die Corona-Beschränkungen verschärfen ihre Situation. Gemeinsam mit dem Universitätsklinikum Ulm will der KVJS nun die optimalen Kooperationswege zwischen Frühen Hilfen und Psychiatrie finden.**

Die Zahlen sind alarmierend: Allein behandlungsbedürftige Depressionen sind seit Beginn der Corona-Pandemie um 80 Prozent gestiegen, wie die Studie „Psychische Gesundheit in der Krise“ der pronovaBKK herausfand. Besonders belastet: Familien mit kleinen Kindern – vor allem wenn es sich um Alleinerziehende handelt. Das bleibt nicht ohne Folgen für den Nachwuchs. Für Kinder psychisch kranker oder suchterkrankter Eltern ist die Wahrscheinlichkeit, selbst zu erkranken drei- bis

vierfach höher als bei Kindern aus unbelasteten Familienverhältnissen.

„Je jünger ein Kind ist, desto höher ist das Risiko, dass es durch die psychische Erkrankung seiner Bindungsperson in seiner Entwicklung beeinträchtigt wird“, erklärt Prof. Dr. Ute Ziegenhain von der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm. Das Universitätsklinikum ist Partner des KVJS beim Forschungsvorhaben.

ben „Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand“, das im September begonnen hat. Die Forschungsgruppe um Prof. Dr. Ute Ziegenhain und Prof. Dr. Jörg M. Fegert kooperiert dabei mit der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie I (Weissenau) der Ulmer Universität. Mit dabei ist auch die Betroffenenorganisation Rettungs-Ring e.V..

### Erste Anlaufstelle: Frühe Hilfen

„Die Angebote der Frühen Hilfen bilden für betroffene Familien eine erste Anlaufstelle“, so Marion Steck, Referatsleiterin beim KVJS-Landesjugendamt. Gemeinsam mit Cornelia Gaal ist sie beim KVJS für das neue Forschungsprojekt zuständig. Gaal betont: „Um den komplexen Bedarfslagen gerecht zu werden, ist eine funktionierende

Kooperation, besonders mit den Angeboten der Psychiatrie, entscheidend.“

Hier knüpft das neue KVJS-Forschungsvorhaben an. Es nimmt die Strukturen in den Blick, um die Zusammenarbeit von Frühen Hilfen und Psychiatrie weiter zu entwickeln und zu optimieren. Am Ende des bis 2023 laufenden Projekts soll ein kommunales Gesamtkonzept stehen, in dem beide Hilfesysteme ohne Reibungsverluste Hand in Hand arbeiten.

Wer mehr über das Forschungsprojekt wissen will, wird hier fündig: [www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung/projekte/fruehe-hilfen-und-psychiatrie](http://www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung/projekte/fruehe-hilfen-und-psychiatrie)

*Monika Kleusch*

## Neues Gesicht bei Forschung und Fortbildung

Der KVJS stärkt seine Bereiche der Forschung und Fortbildung: Am 1. September hat Dr. Justus Heck die Leitung und fachliche Koordination der KVJS-Forschung sowie die fachliche Koordination der KVJS-Fortbildung übernommen. Der 38-Jährige studierte zunächst an der Universität Konstanz Soziologie, Politik- und Verwaltungswissenschaften, ehe er an der Universität Bielefeld Master und Promotion anschloss.

Nach mehrjähriger Lehr- und Forschungstätigkeit widmet sich Dr. Heck im KVJS nun unter anderem neuen Forschungsvorhaben, Weiterbildungsthemen und Fortbildungsprogrammen. „Wenn es um Forschungsprojekte geht, ist es mir wichtig, immer auch den Bezug zur Praxis im Blick zu haben“, so Dr. Heck. Daneben ist ihm vor allem die Stärkung der KVJS-internen Weiterbildungsmöglichkeiten ein Anliegen: „Ich möchte Querschnittsthemen vertiefen, Schnittstellen besser nutzen und so letztlich das dezernatsübergrei-



Dr. Justus Heck hat Erfahrung in Forschung und Lehre

Foto: von Siegroth

fende Arbeiten fördern. Mit anderen Worten: alle Fachbereiche bei der Entwicklung eines innovativen Fortbildungsprogramms unterstützen.“

*sie*

## Unterstützen vor Vertreten

### Neues Betreuungsrecht im Fokus des Fachtags Querschnittsarbeit

Welche Veränderungen kommen mit der Reform des Betreuungsrechts? Wie wirkt sie sich auf einzelne Arbeitsbereiche aus? Wo liegen die Chancen? Welche Herausforderungen stehen bevor? Es sind viele Fragen, die die Praktiker derzeit beschäftigen. Der Fachtag Querschnittsarbeit hat sie aufgegriffen.

Knapp 160 Fachkräfte aus der ganzen Bundesrepublik nahmen an der Online-Veranstaltung im Juli 2021 teil. Alle zwei Jahre bieten der KVJS und seine Kooperationspartner diesen Fachtag an, um Betreuungsvereine und Betreuungsbehörden bei der Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuer zur Seite zu stehen. Aufgegriffen werden aktuelle Trends und Veränderungen im Betreuungswesen. Mit Blick auf die verabschiedete Reform des Betreuungsrechts war der diesjährige thematische Schwerpunkt schnell gefunden.

#### Selbstbestimmung stärken

Die neuen Regelungen ab 2023 zielen darauf ab, im Sinne des Artikels 12 der UN-Behindertenrechtskonvention zu handeln. Das Recht auf

Selbstbestimmung und die Stärkung der Autonomie sollen demnach noch besser umgesetzt werden und bilden den Kern der Reform. Künftig werden die Betroffenen stärker dazu befähigt, ihre Angelegenheiten selbst wahrzunehmen. Auch die eigenen Wünsche spielen eine zentralere Rolle.

#### Aufwertung der Querschnittsarbeit

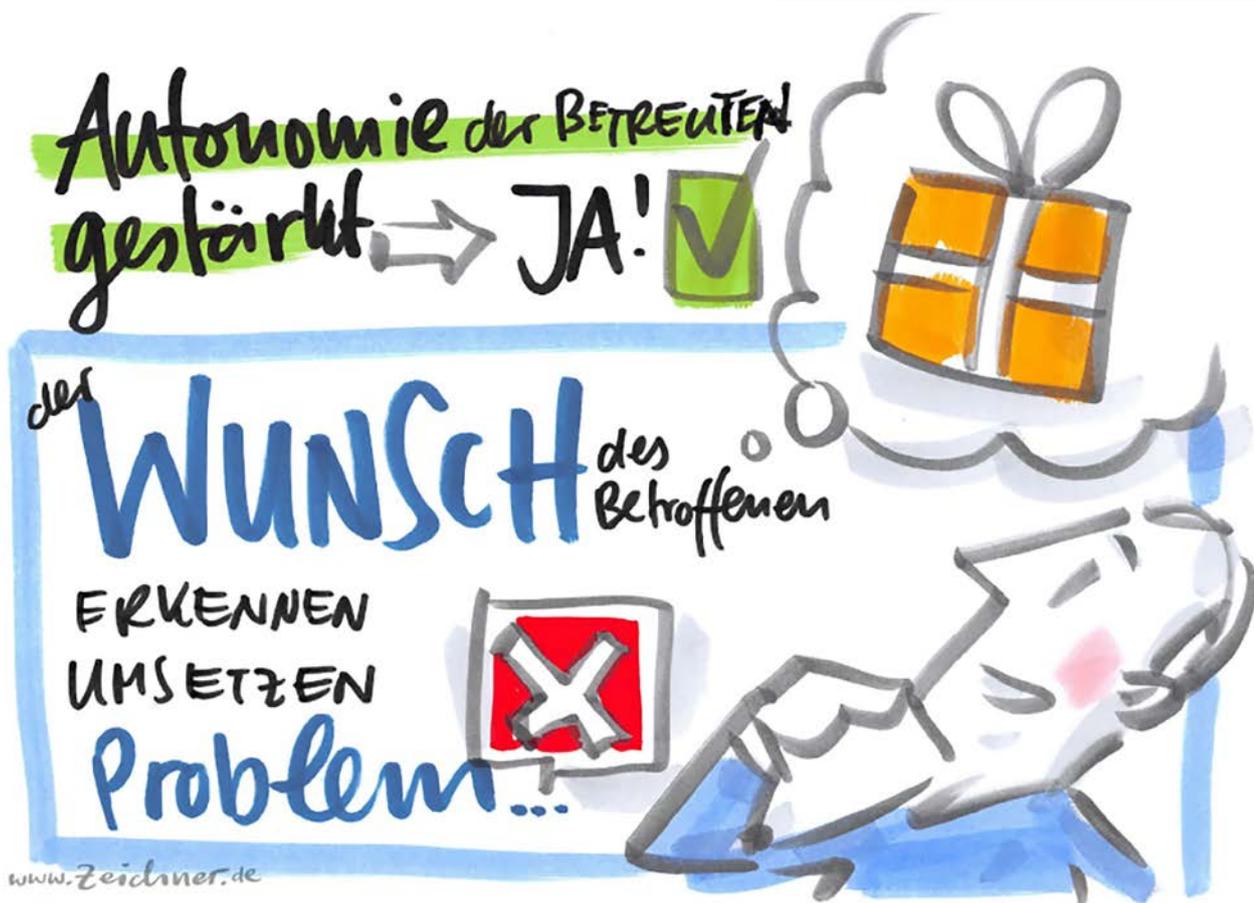
Barbara Dannhäuser fasste die gesetzlichen Änderungen kompakt zusammen. Unter anderem stellte die bundesweit anerkannte Expertin für das Betreuungsrecht das neue Betreuungsorganisationsgesetz vor. Darin werden die Vorschriften zu den Betreuungsvereinen und -behörden sowie zu den Betreuern an einer Stelle gebündelt. Erstmals sind darin auch die Aufgaben der Querschnittsarbeit festgelegt.

Wie die Reform konkret umgesetzt wird, zeigt sich in der praktischen Arbeit ab 2023. Doch Fakt ist bereits jetzt, dass mit den Veränderungen neue Aufgaben auf alle Akteure im Betreuungswesen zukommen werden, die eine sichere Finanzierung und die Bereitstellung notwendiger zeitlicher Ressourcen bedürfen. Die Betreuungsvereine haben Anspruch auf eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung durch die Länder. Der KVJS wird sich dazu an einer vom Sozialministerium geplanten Arbeitsgruppe beteiligen. Neue Aufgaben kommen ebenso auf die Betreuungsbehörden zu, zum Beispiel mit der Schaffung eines bundeseinheitlichen Verfahrens für die Registrierung der Berufsbetreuer. Mit dem daraus resultierenden Personalmehrbedarf haben sich die Kommunalen Landesverbände in einer AG unter Federführung des KVJS bereits befasst.



Kernaussagen live illustriert. Der Online-Fachtag Querschnittsarbeit setzte auf ein abwechslungsreiches Programm und ansprechende Visualisierung.

© Zeichnungen: Andreas Gaertner, [www.zeichner.de](http://www.zeichner.de)



### Chancen nutzen

In fünf Arbeitsgruppen stellten die Teilnehmenden Überlegungen an, welche Schritte bis zum Inkrafttreten inhaltlich und organisatorisch umgesetzt werden müssen. Eine Gruppe befasste sich mit der Querschnittsarbeit nach der Reform. Wie werden sich die Änderungen auf die Gewinnung Ehrenamtlicher und auf die praktische Arbeit von Betreuungsvereinen auswirken? Wie können neue Ehrenamtliche motiviert werden? In die Diskussion flossen viele Perspektiven und Meinungen zu möglichen Chancen und Hürden ein.

Durch die Reform steigen zwar der bürokratische Aufwand und die Anforderungen für Menschen, die eine ehrenamtliche Betreuung übernehmen wollen. Das könne jedoch als Chance gesehen werden, so die Meinung mehrerer Teilnehmer. Die Position Ehrenamtlicher verbessere sich im Zuge der Reform, zum Beispiel durch fest verankerte Vertretungsregelungen. In diesem Kontext waren auch die Vereinbarungen Thema, die neu bestellte ehrenamtliche Betreuer unterzeichnen müssen. Derzeit steht es ihnen frei, sich einem Betreuungsverein anzuschließen. Künftig soll die Vereinsanbindung aller ehrenamtlichen Betreuer, die keine Angehörigen sind, vorgesehen sein. Unter anderem enthält diese Regelung auch

eine Teilnahmeverpflichtung an Fortbildungen. Ebenfalls stand die sogenannte erweiterte Unterstützung als neues Instrument im Zentrum der Diskussion. Die Betreuungsbehörden hatten auch bislang bereits den Auftrag, die Erforderlichkeit einer rechtlichen Betreuung zu prüfen. Unter Umständen kann diese durch eine erweiterte Unterstützung ersetzt werden. Themen der weiteren AGs waren die gestärkte Autonomie der Betreuten, die Zusammenarbeit zwischen Betreuungsbehörden und -vereinen, das Ehegattenvertretungsrecht sowie die erstmals vorgesehene Sachkundeprüfung.

Der digitale Fachtag wurde von einem Illustrator begleitet, der die Kernaussagen aus den Arbeitsgruppen per Videostream visuell dokumentierte. Echtzeit-Feedbacks, Umfragen und ein Quiz ermöglichten zudem eine hohe interaktive Zuschauerbeteiligung.

### Fachlicher Support

Der KVJS unterstützt bei der Umsetzung des Reformgesetzes. 2022 bietet der Verband spezielle Fortbildungsangebote zu den Neuregelungen an. Darüber hinaus steht mit dem Wissensportal für ehrenamtliche Betreuer eine nützliche Informationsplattform zur Verfügung.

Julia Holzwarth

## Neustart für die Fortbildung

### Das Programm für 2022 des KVJS-Integrationsamts

Leere Tagungshäuser, verwaiste Seminarräume: Damit ist nun Schluss! Die KVJS-Fortbildung startet wieder durch. Das neue Fortbildungsprogramm enthält Bewährtes ebenso wie Neues. Dazu ein Gespräch mit Ulrich Römer, Fortbildungskordinator beim KVJS-Integrationsamt.



20 Jahre Fortbildungserfahrung: Ulrich Römer

Foto: Thomas Brenner

Bei einigen etablierten Veranstaltungen, etwa zum BEM (Betriebliches Eingliederungsmanagement) oder zum Burnout, haben wir die Inhalte aktualisiert und konnten neue Referenten gewinnen.

#### *Gibt es auch digitale Angebote?*

Derzeit noch nicht. Erster Baustein ist die digitale Ausgabe des ZB-Magazins. Hier entwickeln wir bereits den digitalen Schreibtisch für die Schwerbehindertenvertretung.

In der BIH, der der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen sind wir als KVJS-Integrationsamt an der Entwicklung von E-Learning und Online-Angeboten beteiligt. Die Bundesregierung stellt der BIH dafür fünf Millionen Euro aus dem Ausgleichsfond zur Verfügung.

#### *Herr Römer, wann geht es wieder los mit den Fortbildungen?*

Es ist schon losgegangen. Direkt nach den Sommerferien haben wir voll losgelegt! Wir haben natürlich die Kapazitäten in den Tagungshäusern und die Hygienevorschriften beachten müssen. Bei Workshops und Seminaren mit Gruppenarbeit mussten wir die Teilnehmerzahl deshalb anpassen.

#### *Wie sieht das neue Fortbildungsprogramm aus?*

Nächstes Jahr sind wieder Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung. Dazu bieten wir den Kurs „Wahl der Schwerbehindertenvertretung 2022“ nicht nur in unseren Tagungshäusern in Gültstein und Flehingen an, sondern wir haben auch weitere regionale Angebote in Karlsruhe, Stuttgart, Freiburg, Ulm und in Mannheim.

#### INFO

##### **Immer auf dem Laufenden bleiben!**

Bleiben Sie stets über das aktuelle Fortbildungsangebot informiert mit dem Newsletter Fortbildung! Sie können ihn kostenlos abonnieren unter [www.kvjs.de/fortbildung/newsletter-fortbildung](http://www.kvjs.de/fortbildung/newsletter-fortbildung).

Auch der Blick auf unsere Fortbildungsseite im Internet lohnt sich: [www.kvjs.de/fortbildung/startseite-fortbildung#c17706](http://www.kvjs.de/fortbildung/startseite-fortbildung#c17706): Alle aktuellen Kurse mit Anmelde-möglichkeit. Für aktuell ausgebuchte Kurse können Sie sich auch vormerken lassen.



### Also künftig Bildschirm statt Gruppenraum?

Für die Zukunft können wir uns in der Fortbildung sogenannte hybride Angebote vorstellen: Eine Mischung aus Online-Modulen, Selbstlernangeboten und Präsenzveranstaltungen. Der direkte Austausch ist und bleibt wichtig. Vor Ort können sich die Teilnehmer auch besser vernetzen, was online so nicht möglich ist.

### Haben Sie schon Anfragen für 2022?

Ja klar. Es sind schon einige Buchungen für das neue Programm eingegangen. Außerdem haben wir bereits Anfragen für externe In-House-Veranstaltungen.

### Sie sind seit rund 20 Jahren Fortbildungskoordinator und Trainer. Was haben Sie in der Coronazeit am meisten vermisst?

Den Austausch mit den Teilnehmern. Es ist interessant, die Leute mal aus einer anderen Perspektive kennen zu lernen: Nicht als Teil des Geschehens im Betrieb, sondern als unabhängige Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Vermisst habe ich auch die Wissensvermittlung. Denn ich konnte während der Coronabeschränkungen nur individuell beraten.

*Die Fragen stellte Monika Kleusch*

## Bürgerbeteiligung digital ermöglichen

Wie können Menschen in Kommunen in Zeiten von Corona und darüber hinaus erfolgreich an Entwicklungsprozessen beteiligt werden? Damit befasst sich ein neues Fortbildungsangebot des KVJS. Das Seminar in drei Modulen zeigt haupt- und ehrenamtlichen Akteuren, wie Bürgerbeteiligung in digitaler Arbeitsweise gelingen kann. Es liefert den Teilnehmenden einen umfassenden Überblick über digitale Werkzeuge, passende Beteiligungsmethoden sowie Know-how zur aktivierenden Gestaltung und Moderation. Profitieren kann man dabei nicht nur von einem prall gefüll-

ten Methodenkoffer: „Nach den bisher durchgeführten Veranstaltungen sind die Teilnehmenden in Kontakt geblieben und tauschen sich regelmäßig aus, um ihre gesammelten Erfahrungen weiterzugeben. Durch diese wertvollen Tipps können sie ihre Kompetenz bei der digitalen Bürgerbeteiligung stetig verbessern“, betont Benjamin Röben vom KVJS. In Kürze finden Sie die Termine für das Jahr 2022 auf [www.kvjs.de/fortbildung](http://www.kvjs.de/fortbildung) oder in den neuen Programmheften.

*hol*

## Neu erschienen

Alle aufgeführten Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie stehen auch im Internet unter [www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/](http://www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/) zur Verfügung.

### Soziales

#### **KVJS-Ratgeber Förderung Wohnen – Wohnen für Menschen mit Assistenz- und Unterstützungsbedarf, August 2021.**

Der KVJS fördert im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg dezentrale Wohnangebote als besondere Wohnform für Menschen mit Assistenz- und Unterstützungsbedarf. Der Ratgeber stellt kurz und kompakt das Förderverfahren vor.

**Diese Publikation steht online zum Download zur Verfügung.**



## Integration

### **Geschäftsbericht KVJS-Integrationsamt 2020/21, August 2021.**

Der Geschäftsbericht liefert aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Arbeit des Integrationsamtes.

### **ZB-Ratgeber Inklusionsbeauftragte des Arbeitgebers, Juli 2021.**

Dieser Ratgeber erläutert alle relevanten Aufgaben, Rechte und Pflichten und bietet hilfreiche Information zur innerbetrieblichen Zusammenarbeit oder den externen Partnern.

### **Zeitschrift „ZB Behinderung & Beruf“, Regionalbeilage Baden-Württemberg, Heft 2, Juli 2021.**

Das Heft gibt Einblicke in die Arbeit des Integrationsamtes.

### **Zeitschrift „ZB Behinderung & Beruf“, Regionalbeilage Baden-Württemberg, Heft 3, August 2021.**

Das Heft gibt Einblicke in die Arbeit des Integrationsamtes.

### **Bestellung:**

Manuela Weimar

Telefon 0721 8107-942

[integrationsamt@kvjs.de](mailto:integrationsamt@kvjs.de)

## Jugend

### **Programme, Angebote und Hilfen der Jugendberufshilfe – eine Übersicht, Juli 2021.**

In der Übersicht werden die Ziele und Inhalte der Leistungen beschrieben, die jeweiligen Zielgruppen vorgestellt, die individuelle und strukturbezogene Förderung angegeben und die Finanzierungsquellen benannt.

**Diese Publikation steht online zum Download zur Verfügung**

### **Voraussetzungen zur Erteilung einer Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII, 5. aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Juli 2021.**

Mit diesem Grundlagenpapier werden die Voraussetzungen für die Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII in Baden-Württemberg beschrieben. Leitend für die Erteilung einer Betriebserlaubnis ist das Primat des Kinderschutzes für Kinder und Jugendliche, die in (teil-)stationären Einrichtungen der Erziehungshilfe und Eingliederungshilfe oder in Wohnheimen und Internaten leben.

### **Bestellung:**

Ulrike Cserny

Telefon 0711 6375-469

[Ulrike.Cserny@kvjs.de](mailto:Ulrike.Cserny@kvjs.de)

# KVJS

**Kommunalverband  
für Jugend und Soziales  
Baden-Württemberg**

**Postanschrift**  
Postfach 10 60 22  
70049 Stuttgart

**Hausanschrift**  
Lindenspürstraße 39  
70176 Stuttgart  
Telefon 07 11 63 75-0

[info@kvjs.de](mailto:info@kvjs.de)  
[www.kvjs.de](http://www.kvjs.de)